

## **Wie weiter, wenn die Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Gelände der Bayernkaserne schließt?**

Antrag Nr. 14-20 / A 02566 der Stadtratsfraktion  
DIE GRÜNEN/Rosa Liste vom 19.10.2016

### **Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 07481**

1 Anlage

#### **Beschluss des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses in der gemeinsamen Sitzung vom 25.10.2016 (SB)**

Öffentliche Sitzung

#### **I. Vortrag der Referentin**

##### **Ausgangslage**

Frau Staatsministerin Emilia Müller hat Herrn Oberbürgermeister Reiter am 30.09.2016 von ihrer Entscheidung informiert, dass der Freistaat die Aufnahmeeinrichtung in der Bayernkaserne zum 31.12.2016 schließen wird.

Der Freistaat beabsichtigt die notwendigen AE-Plätze nach außerhalb von München zu verlagern.

Alle über den 31.12.2016 hinauslaufenden diesbezüglichen Mietverträge sollen zu diesem Zeitpunkt beendet werden.

Der Freistaat hat darum gebeten, dass das Referat für Gesundheit und Umwelt seine gesundheitlichen Untersuchungen für neu ankommende Flüchtlinge noch ein weiteres Jahr in reduziertem Umfang von bis zu 100 Untersuchungen täglich in der Bayernkaserne fortführt.

Bei einem weiterem Gespräch am 14.10.2016 im Sozialministerium hat der Freistaat verdeutlicht, dass er nicht beabsichtigt, die frei werdenden Häuser als staatliche Gemeinschaftsunterkünfte fortzuführen.

Auf der Basis der fortschreitenden Planungen des Referats für Stadtplanung und Bauordnung für die Bebauung des Areals verbleibt für eine Reihe von Gebäuden (die Häuser 17, 18, 19, 20, 43) eine mögliche Restnutzungsdauer überwiegend bis etwa 2020.

Der Freistaat sowie die Regierung von Oberbayern haben aber ihre Zustimmung dazu signalisiert, dass die Landeshauptstadt München die hier zur Verfügung stehenden Platzressourcen bis zum Ende der Laufzeit der Gebäude als dezentrale Unterbringungen nutzt.

Die Landeshauptstadt München muss insbesondere wegen der derzeit laufenden Schließungen von prekären Unterbringungsmöglichkeiten insbesondere der Leichtbauhallen Plätze im besseren GU-Standard schaffen. Die Nutzung der o.g. Gebäude auf dem Gelände der Bayernkaserne für deren Restlaufzeit bietet sich insbesondere auch wegen der hier vorhandenen sozialen Infrastruktur an.

Mit Datum vom 19.10.2016 hat die Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/Rosa Liste den als Anlage beigefügten Antrag zur dringlichen Behandlung in der heutigen gemeinsamen Sitzung von Sozialausschuss und Kinder- und Jugendhilfeausschuss gestellt.

Vor dem Hintergrund obiger Ausgangslage nimmt das Sozialreferat zu den Fragen wie folgt Stellung:

**Zu 1 a)**

**Stimmt es, dass die Erstaufnahme auf dem Gelände der Bayernkaserne bis Ende des Jahres geschlossen wird?**

Frau Staatsministerin Müller hat dies in einem Gespräch vom 30.09.2016 so dem Oberbürgermeister mitgeteilt. In einem Gespräch im Ministerium vom 14.10.2016 wurde dies nochmals bekräftigt.

**Zu 1 b)**

**Stimmt es, dass die Regierung von Oberbayern plant, die Erstaufnahmeeinrichtung in den Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck zu verlagern?**

Soweit bekannt beabsichtigt der Freistaat die Aufnahmeeinrichtung Oberbayern nach Fürstenfeldbruck zu verlagern.

**Zu 1 c)**

**Falls die neue Erstaufnahme in Fürstenfeldbruck nicht bis 01.01.2017 bereitsteht, welche Übergangslösungen sind geplant?**

Welche Planungen der Freistaat hierzu hat, ist der LHST München nicht bekannt. Die Dependancen der Aufnahmeeinrichtung in München sollen erhalten bleiben. Ebenso die Erstanlaufstelle in der Lotte-Branz-Straße.

**Zu 1 d)**

**Was geschieht mit den Erstaufnahme-Dependancen in München?**

Der Freistaat beabsichtigt, die Dependancen weiter zu führen.

## **Zu 2.**

**Das Sozialreferat informiert den Stadtrat außerdem über die Nachnutzung der Gebäude auf dem Gelände der Bayernkaserne, wenn die Erstaufnahmeeinrichtung dort geschlossen wird. Das Sozialreferat stellt dabei dar, was auf dem Gelände künftig geplant ist und wie die vorhandenen sehr gut eingespielten und bewährten Projekte und Initiativen (u.a. LOK Arrival des KJR in Halle 23, Werkhalle des Kinderschutzbundes in Halle 17, das Lighthouse Welcome Center, die REFUDOCS) sinnvoll und nachhaltig weiter genutzt werden können. Dabei soll darauf eingegangen werden, wie diese äußerst nachgefragten Projekte zum einen für die bisherige Zielgruppe bestehen bleiben, zum anderen aber auch für neue Zielgruppen und z.B. den Sozialraum geöffnet und für die spätere Bebauung der Bayernkaserne (nach 2020) ebenfalls erhalten bleiben können.**

Das Sozialreferat beabsichtigt, hinsichtlich einer möglichen Nachnutzung der betreffenden Häuser dem Stadtrat ein Konzept vorzulegen, in dem selbstverständlich die geplanten baulichen Entwicklungen des Geländes berücksichtigt werden.

Eine entsprechende Beschlussvorlage soll noch in diesem Jahr in den Standortausschuss eingebracht werden.

Die grundsätzliche Nutzung der vorerst bestehen bleibenden Gebäude würde sich insbesondere deswegen anbieten, weil hier eine sehr gut ausgebaute soziale Infrastruktur für Flüchtlinge vorhanden ist.

Diese ist derzeit auf die Funktion der Bayernkaserne als Aufnahmeeinrichtung ausgerichtet. Wie diese Angebote weiter genutzt bzw. anzupassen sind, wird dem Stadtrat mit Blick auf die o. g. zu bearbeitende Konzeption in einer eigenen Beschlussvorlage dargelegt.

## **Zusammenfassung**

Die Landeshauptstadt München wird die Planungen, was die mögliche Nachnutzung der Immobilie und Räumlichkeiten in der Bayernkaserne angeht mit Hochdruck vorantreiben und in diesem Zusammenhang auch prüfen, inwieweit dabei bestehende Angebote weiter sinnvoll vor Ort genutzt werden können. Der Stadtrat wird über die Planungen entsprechend informiert werden.

## **Anhörung des Bezirksausschusses**

In dieser Beratungsangelegenheit ist die Anhörung eines Bezirksausschusses nicht vorgesehen (vgl. Anlage 1 der BA-Satzung).

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Offman, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung, dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Sozialreferat/Stadtjugendamt und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

## **II. Antrag der Referentin**

1. Vom Vortrag der Referentin bezüglich des Sachstandes die Bayernkaserne betreffend wird Kenntnis genommen.
2. Der Antrag Nr. 14-20 / A 02566 der Stadtratsfraktion DIE GRÜNEN/Rosa Liste vom 19.10.2016 ist geschäftsordnungsgemäß behandelt.
3. Dieser Beschluss unterliegt nicht der Beschlussvollzugskontrolle.

## **III. Beschluss**

nach Antrag.

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München  
Kinder- und Jugendhilfeausschuss  
Sozialausschuss

Die Vorsitzende

Christine Strobl  
Bürgermeisterin

Die Referentin

Dorothee Schiwy  
Berufsm. Stadträtin

**IV. Abdruck von I. mit III.**

über D-II-V/SP

**an das Direktorium – Dokumentationsstelle**

**an die Stadtkämmerei**

**an das Revisionsamt**

z.K.

**V. Wv. Sozialreferat**

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.

2. **An das Sozialreferat, S-III-MI/IK**

**An die Frauengleichstellungsstelle**

**An das Referat für Gesundheit und Umwelt**

**An das Referat für Stadtplanung und Bauordnung**

z.K.

Am

I.A.